

Johannes Berger

Pekinger Platz, Kiautschoustraße und Samoastraße –

Deutschlands asiatisch-pazifisches Kolonialreich im Sprengelkiez

Im April des Jahres 1899 leitete der preußische Minister für öffentliche Arbeiten ein Gesuch des Magistrats von Berlin an den preußischen König und deutschen Kaiser Wilhelm II. weiter in dem es u. a. heißt:

„Der Magistrat geht bei diesem wie beim nächstfolgenden Vorschlage von der Absicht aus, für die Straßenzüge zwischen der Müllerstraße und der Jungfernheide Namen zu erbitten, die mit dem deutschen Kolonialbesitz im Zusammenhang stehen. Er gibt hiermit einer Anregung aus der Bürgerschaft folge“.

1899 wurden zunächst die Togo- und Kamerunstraße benannt, Wilhelm II. hatte sich vorbehalten, über die Benennung von Straßen in Berlin selbst zu entscheiden und er war offensichtlich davon angetan, mit Straßennamen seine Kolonialpolitik in Afrika zu würdigen und zu popularisieren

. 1901 folgte die Lüderitzstraße und immer dann, wenn in diesem Areal ein neuer Straßenzug bebaut wurde, bekam er einen Namen, der mit der deutschen Kolonialpolitik in Afrika in Zusammenhang stand.

Mit Straßennamen wird nicht nur im Stadtraum geographische Orientierungshilfe geleistet und wenn sie Personen bezeichnen, werden diese geehrt. Im 19. Jahrhundert, als es noch kein Radio oder Fernsehen gab und gedruckte Presseerzeugnisse nicht so viele Leute erreichten, waren sie auch ein Medium zur Popularisierung von Politik. Wann immer man die Straßennamen auf dem Stadtplan las und sie in den Mund nahm, rief man die damit Zusammenhang stehenden Vorgänge wieder ins Gedächtnis und verbreitete sie.

Die „Anregung aus der Bürgerschaft“ von der der preußische Minister in dem Gesuch an seinen König sprach, war vor allem auf die Initiative des Stadtrats Ernst Friedel zurückzuführen – seines Zeichens Vorsitzender des Berliner Geschichtsvereins und ein Kolonialenthusiast der ersten Stunde. Nach seinen Vorstellungen sollte das Areal zwischen Jungfernheide und Müllerstraße als „Kolonialviertel“ bekannt werden, doch schon Anfang des 20. Jahrhunderts bürgerte sich der Name „Afrikanisches Viertel“ dafür ein. Hier hatte der Volksmund die Intentionen des Initiators der Namensgebung nicht so ganz befolgt und etwas abgewandelt.

Keine zwei Kilometer südlich des Afrikanischen Viertels, im Sprengelkiez, wurde 1905 das Kolonialviertel per Straßennamensgebung vervollständigt. Hier befinden sich seither mit dem Pekinger Platz, der Kiautschoustraße und der Samoastraße die Hinweise im öffentlichen Raum auf den deutschen Kolonialbesitz in Asien und dem

Pazifik. Mithin gibt es also einen Zusammenhang zwischen dem Afrikanischen Viertel und diesen Straßen und Plätzen im Sprengelkiez.

Allerdings gibt es einen wichtigen Unterschied in der Art der kolonialen Herrschaft in Afrika und Asien, vor allen Dingen bezüglich Chinas. Während die Kolonien in Afrika in vollem Umfang beherrscht wurden, die Kolonialmacht mindestens nominell die Souveränität über das gesamte Territorium beanspruchte, waren es China sogenannte Stützpunktkolonien. Die deutsche Kolonie Kiaoutschou war gerade einmal 500 qkm groß und dieses Gebiet war für 99 Jahre vom chinesischen Staat gepachtet worden. Das heißt, das chinesische Kaiserreich existierte weiter. Die imperialistischen Mächte übten ihren Einfluss in China aus, indem sie beispielsweise seinen Außenhandel (über das Seezollamt) kontrollierten. Ausländische Kaufleute und Missionare unterstanden nicht chinesischem Recht und an 92 Orten in ganz China (zumeist Handelsknotenpunkte) hatten ausländische Staaten besondere Zugriffsrechte. Sie konnten z. B. mit Kanonenbooten auf dem Yangtze ihre Interessen durchsetzen. Diese Rechte hatten sich die imperialistischen Staaten nach militärischen Siegen gegen China ab 1840 (1. Opiumkrieg) sukzessive vertraglich zusichern lassen.

Der chinesische Staat bestand also weiter. So ein großes Territorium mit 350 bis 400 Mio. Einwohnern wollten die imperialistischen Mächte schon aus praktischen Gründen nicht selbst beherrschen. Stattdessen sollte der chinesische Staat dafür sorgen, dass sich das von ausländischen Firmen in China investierte Kapital (zum Beispiel in Infrastrukturprojekte) schnell und gut amortisierte.

Allerdings war das chinesische Kaiserreich nach 1840 nicht nur der willfährige Helfer und Vollstrecker der imperialistischen Mächte. Es besaß mit seinem großen Beamtenapparat durchaus Möglichkeiten, sich gegen die ausländische Einflussnahme zu wehren und zum Teil nutzte es diese auch. Die „Selbststärkungsbewegung“ hatte u. a. das Ziel, ein eigenes modernes Militär aufzubauen. Ironischerweise waren Kruppkanonen im 19. Jh. das wichtigste deutsche Exportgut nach China.

... und nun die Nachgeschichte

Die deutschen Kolonialaktivitäten in China waren vergleichsweise bescheiden. Aber man kann sagen, dass sie den Anlass boten für die größte Umwälzung in der neueren chinesischen Geschichte: Die Gründung der Kommunistischen Partei erfolgte kurz nachdem die Siegermächte des Ersten Weltkrieg im Frieden von Versailles die ehemalige deutsche Kolonie Kiaoutschou (und die deutsche Einflusszone Schandong) Japan und nicht China zugesprochen hatten.

Seit dem Ende des 19. Jahrhunderts waren nicht mehr England, Russland oder Amerika die Mächte mit den stärksten imperialistischen Ambitionen. Das benachbarte Japan wurde jetzt von China als größte Gefahr betrachtet. Erst

besetzten die Japaner die Insel Taiwan und machten das vormals chinesische Territorium zu ihrer Kolonie, dann setzten sie sich immer stärker in der rohstoffreichen Mandschurei (NO-China) fest.

Bei Ausbruch des Ersten Weltkriegs schlug sich Japan sogleich auf die Seite der Entente-Mächte und es begann sogleich die deutschen Kolonien im Pazifik und in China (Kiautschou) zu erobern. Während Europa mit sich selbst beschäftigt war setzte Japan gegenüber der Regierung in Peking im Juli 1915 die Annahme von 20 Forderungen durch, die deren Handlungsmöglichkeiten erheblich einschränkten und Japan zur einflussreichsten fremden Macht in China machten.

Um hier gegenzusteuern und um die drückenden Bedingungen des Boxerprotokolls von 1901 los zu werden, entschloss sich die chinesische Regierung 1917 in den Krieg gegen Deutschland einzutreten. Als eine praktische Maßnahme entsandte sie ca. 100 000 (zivile) Arbeitskräfte über den Pazifik, quer durch Kanada und über den Atlantik nach Europa. An der Front in Nordfrankreich wurden sie als Munitionsarbeiter eingesetzt und etliche tausend Chinesen starben hier durch Feindeinwirkung.

Diese Parteinahme hatte allerdings nicht die erhoffte Wirkung. Bei Friedensverhandlungen in Paris konnte sich die chinesische Delegation nicht mit ihren Forderungen durchsetzen. Stattdessen wurde Kiautschou auch formal Japan zugesprochen. Als der Friedensvertrag Ende April 1919 unterzeichnet werden sollte, protestierten zuerst in Paris studierende chinesische Studenten vor dem Hotel der Delegation ihres Heimatlands. Dann folgte am 4. Mai 1919 eine große Demonstration von Studenten auf dem Platz des Himmlischen Friedens (Tianamen) in Peking. Als Folge davon unterschrieb China den Friedensvertrag nicht und einige Minister mussten zurücktreten. Seither ist auch der Tianamen als Platz politische Demonstrationen etabliert und die Demokratie-Demonstranten von 1989 bezogen sich auch explizit auf die Demonstration vom 4. Mai 1919.

Die Enttäuschung unter den chinesischen Reformern, Liberalen usw. war 1919 riesengroß. Man fühlte sich von den wichtigsten Propagandisten der eigenen Ideale verraten. Dass sich Frankreich und Großbritannien auf die Seite Japans geschlagen hatten, verwunderte eher nicht, aber dass auch die USA unter Präsident Woodrow Wilson die Übertragung der Souveränitätsrechte für Kiautschou auf Japan geschehen ließen, enttäuschte doch sehr. Denn Präsident hatte kurz zuvor in seinen „14 Punkten“ das Selbstbestimmungsrecht der Völker postuliert und darauf setzte man in China.

Im Mai 1919 zeigte sich in China eine Bewegung, die tiefgreifende Reformen nicht nur in der Politik sondern auch vor allem auch in der Gesellschaft und Kultur verlangte (und z. T. auch durchsetzte). Sie ging als „Bewegung des 4. Mai“ in die chinesische Geschichte ein. Diese Bewegung wurde im wesentlichen Intellektuellen getragen und sie suchte die Ursachen für den chinesischen Rückstand gegenüber Europa (der im 18. Jh. noch nicht so gegeben war) vor allem in den eigenen gesellschaftlichen und politischen Bedingungen. So rüttelte man als an den

Grundfesten der konfuzianischen Ordnung und als erstes setzte man eine grundlegende Vereinfachung der chinesischen (Schrift)sprache durch, die den Abstand zwischen Elite und Volk verringerte.

Der Glaube an die liberaldemokratischen Postulate, wurde durch das schnöde Verhalten ihrer wichtigsten Protagonisten schwer erschüttert und man wollte diese schon länger mit sozial-egalitären Prinzipien verbinden. Zur gleichen Zeit machte die russische Revolutionsregierung den Chinesen Avancen und die Bolschewiki verzichteten schließlich freiwillig auf alle Vorrechte, die das Zarenregime in China besaß. 1920 wurde zwei führenden Intellektuellen der „Bewegung des Vierten Mai“ die erste kommunistische Parteizelle in Schanghai gegründet und 1921 wurde dann die Kommunistische Partei Chinas gegründet.